



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/274 - 28. 11. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 16 31-33
Fernschreiber 039 890

Einweise
auf den Inhalt:

Ein Mahnwort Paul Henri Spaaks	S. 1
Das Schicksal eines schwedischen Diplomaten	S. 3
Eine interessante Untersuchung in Nordrhein-Westfalen	S. 5
Zum ersten Kongress der CGD	S. 6

Bonnas Aufgabe und Verpflichtung

sp. In Berlin hat auf einer Pressekonferenz aus Anlaß des 8. Kongresses der Europaunion der belgische Außenminister Paul Henri Spaak verlangt, die Bundesregierung sollte von sich aus neue Vorschläge zur Wiedervereinigung machen. Spaak ist der erste führende Politiker des Westens, der nach der Genfer Konferenz Gelegenheit hatte, sich in der Bundesrepublik selbst über die psychologischen und politischen Auswirkungen des Fehlschlages der Außenministerberatungen auf die deutsche Bevölkerung zu unterrichten.

Spaak hat durch lange Jahre sehr grosses Verständnis für die Politik der Bundesregierung gezeigt, in erster Linie für ihre Europakonzeption, wie sie in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ihren Höhepunkt und ihre konsequenteste Verkörperung gefunden hatte. Er selbst war einer der Baumeister dieses Kleineuropa-Gebäudes, das sich sehr bald und noch vor seiner Vollendung mit der Absage der französischen Nationalversammlung an die EVG als Fehlkonstruktion erwies. Der belgische Außenminister ist ein viel zu kluger Mann, als dass er in diesem Fehlschlag das Ende aller Bemühungen um eine europäische Einigung gesehen hätte, und er ist viel zu hartnäckig und entschlossen, um vor schnell aufzugeben. Aber er hat offenbar, wie sich in manchen seiner öffentlichen Reden, z.B. in Strassburg, oder auch in persönlichen Unterhaltungen, wie etwa in Bonn, zeigt, begriffen, dass der Weg zu diesem einheitlichen Europa nicht beschritten werden kann, wenn Deutschland

für längere Zeit zwischen den Siegermächten geteilt bleibt und damit ein ständiger Unruheherd und eine permanente Bedrohung auch für ein enger zusammengeschlossenes Westeuropa sein würde.

Dass die Wiedervereinigung Deutschlands für den Frieden der Welt unerlässlich sei, hört man seit vielen Jahren. Aber es ist unseres Wissens das erste Mal, dass ein so hervorragender Vertreter des Westens den entscheidenden Schritt weitertreibt, zu fordern, dass in erster Linie die Deutschen, also in diesem Falle die Bundesregierung, sich in die vorderste Front des Kampfes um die deutsche Einheit begeben müssen. Unausgesprochen schwingt in dieser Forderung der Vorwurf mit, dass dies bisher nicht, zumindest nicht in ausreichendem Umfange, geschehen ist.

Aus dem Munde gerade dieses Mannes ist das eine für die deutsche Öffentlichkeit erstaunliche und für die Bundesregierung bittere Feststellung. Anders ausgedrückt besagt sie, dass dem Westen nicht damit gedient ist, wenn sich Bonn als sein blosses Anhängsel betrachtet und auf jeden eigenen Einfluss und jede eigene Initiative in der Deutschlandfrage verzichtet. Gerade Spaak verlangt, wenn er einen westdeutschen Vorstoss empfiehlt, gewiss nicht, dass die Bundesregierung im Hinblick auf die Erfüllung der Pariser Verträge untreu werde und sie einfach aufkündigen sollte. Aber er entfernt sich deutlich von jener starren, unfruchtbareren Meinung, nur das vorbehaltlose und jeder Diskussion entzogene Bekenntnis zu diesen Verträgen mit allen ihren Bestimmungen sei "richtige" Politik.

Wie gesagt, der belgische Aussenminister ist die erste hoch-offizielle Persönlichkeit, die sich nach der Genfer Konferenz in dieser Richtung geäußert hat. Unter der Hand freilich hört man schon seit einiger Zeit, besonders aus den USA und dort nicht nur aus grossen Zeitungen, sondern auch in manchen Räumen des State Department, ähnliche Gedankengänge, sofern es sich um die Frage handelt, wie man auf friedliche Weise zu einer Vereinbarung mit der Sowjetunion über die deutsche Einigung kommen kann. Nicht wenige dieser gewichtigen Stimmen sehen in der westdeutschen Beteiligung an NATO ein unüberwindbares Hindernis für Fortschritte in der Deutschlandfrage. Eben diese Kreise erwarten aber auch, da schliesslich die Deutschen an ihrer eigenen Zusammenführung am stärksten interessiert sein sollten, von der Regierung des frei gewählten Deutschlands Initiative und kräftige Impulse. Beides ist vor, während und nach Genf unterblieben.

Mit dem Ausbleiben dieser Initiative ist jedoch dem Westen nicht gedient, sie verhärtet einen Zustand, von dem auf die Dauer nur die Sowjetunion gewinnen kann. In dem Ringen um die Erhaltung von Demokratie und Frieden in Europa darf, das ist das Anliegen Paul Henri Sparks, die deutsche Stimme nicht fehlen, hier hat sie einen eigenen, der besonderen Situation unseres Volkes gerecht werdenden Beitrag zu leisten. Wird dieser Mahnruf Sparks bei der kommenden aussenpolitischen Debatte im Bundestag Gehör finden?

28.11.1955

Raoul Wallenberg

R.E., Stockholm

Die meistverbreitete Zeitschrift Schwedens - "Vi", das Wochenblatt der Konsumentenvereinigungen - hat in zwei aufsehenerregenden Artikeln den aus Oesterreich stammenden Schriftsteller Rudolph Philipp zu einem wichtigen Punkte im schwedisch-sowjetischen Nachbarsverhältnis Stellung nehmen lassen, zur Gefangenhaltung des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg. Philipp hat während der zwanziger Jahre durch seinen beherzten Angriff auf das Ausbeutungssystem des Schuhkönigs Bata in Mitteleuropa Aufsehen erregt und führt seit 1945 einen unermüdlichen Kampf um Wallenbergs Freilassung.

Deutsche Russland-Heimkehrer haben vor kurzen über einen schwedischen Diplomaten berichtet, der seit mehr als zehn Jahren in Sowjethaft lebt und dessen einzigartige Unerschrockenheit von seinen Schicksalsgenossen in den Gefängnissen der Sowjetunion allgemein gerühmt wird. Es ist Raoul Wallenberg, der als junger Gesandtschaftssekretär in Budapest um die Jahreswende 1944-45 Tausenden von Juden das Leben rettete und der auch nach dem Einmarsch der Russen mannhaft für seine Schützlinge eintrat. Die nazistischen Pfeilkreuzler hatten ihm wegen seiner Hilfeleistungen nach dem Leben getrachtet, die bolschewistische Geheimpolizei der Armee Malinowskys liess ihn verschwinden. Hunderte Diplomaten sind seit Kriegsende aus der Sowjethaft entlassen worden, darunter waschechte Nationalsozialisten, sogar ausgesprochene Verbrecher wurden heimgeschickt. Raoul Wallenberg aber lebt auch heute noch in Unfreiheit, obwohl doch Schweden im Kreaml gut angeschrieben ist und wiederholt die Freilassung verlangt hat.

Am 16. Januar 1945 hatte der stellvertretende Aussenminister der Sowjetunion, Dekanosov, dem schwedischen Gesandten in Moskau mitgeteilt, dass Raoul Wallenberg in Budapest unter russischen Schutz gestellt worden sei. Vier Wochen später versicherte die Sowjetbotschafterin Kollontay in Stockholm der Mutter Wallenbergs, dass er wohlbehalten in russischen Händen sei. Nach weiteren drei

Wochen äusserte sie gegenüber der Gattin des damaligen schwedischen Aussenministers Günther, dass Raoul Wallenberg um so eher heimkehren werde, je weniger in Schweden über ihn gesprochen werde. Noch Mitte September 1946 wiederholte ein Mitglied der Sowjetbotschaft in Stockholm die gleiche Andeutung. In den folgenden Jahren aber beantwortete

die Sowjetregierung schwedische Anfragen mit der Behauptung, dass Raoul Wallenberg sich nicht in russischen Lagern für Kriegsgefangene oder Zivilinternierte befinde.

Das in Schweden gegründete Wallenbergkomitee, dessen treibende Kraft der Schriftsteller Philipp ist, sammelte jedoch in unermüdlicher Kleinarbeit alles Beweismaterial über Wallenbergs Schicksal in den sowjetischen Gefängnissen. Eine Zeugenaussage fügte sich zur anderen und ergab schliesslich eine so klare Dokumentation, dass die vor kurzem in der Presse erwähnten Aussagen deutscher Heimkehrer nur bestätigten, was dem Komitee und dem schwedischen Aussenministerium seit Jahren bereits bekannt war.

Aus der Zeit Berijas

Offensichtlich hatte sich Berijas geheime Polizei bemüht, durch Verhöre in Budapest und anderswo Aussagen gegen Wallenberg zu erlangen, um ihn als Naziagenten aburteilen zu können. Diese Versuche sind missglückt. Als Stalin und Berija, der wohl in erster Linie die Verantwortung für die Gefangenhaltung Wallenbergs trug, aus der Moskauer Führerschicht ausschieden, hoffte man in Schweden, dass Raoul Wallenberg nun heimkommen würde. Das schwedische Aussenministerium hatte aber bei Behandlung des Falles Wallenberg lange Zeit keine gute Hand. Beim letzten Besuche des Aussenministers Undén in Moskau und während der Russlandreise einer schwedischen Parlamentsdelegation wurde jedoch Wallenbergs Freilassung neuerdings nachdrücklich gefordert und vor kurzem teilte Undén im schwedischen Reichstage mit, dass die Sowjetregierung versprochen habe, Wallenberg heinzuschicken, "wenn er aufgefunden werden sollte." Das Wallenberg-Komitee legte nun der schwedischen Regierung nahe, dem sowjetischen Aussenministerium einen Teil des Beweismaterials zur Verfügung zu stellen, um dem Spürsinn der sowjetischen Polizeiergane ein wenig nachzuhelfen.

Das Schicksal Raoul Wallenbergs liegt den Schweden sehr am Herzen und sie betrachten Moskaus Verhalten in dieser Angelegenheit als einen Prüfstein für die wahre Gesinnung gegenüber Schweden.

Im Kampf gegen St. Bürokratismus

G.M., Düsseldorf

Zehn Monate lang sind im Lande Nordrhein-Westfalen Verwaltungsstellen der mittleren Instanz nach ihrem Aufgabenbereich, ihren Arbeitsmethoden und der Zweckmäßigkeit ihres Aufbaues überprüft worden. Das Ergebnis ist recht interessant und außerdem nach Auffassung des Innenministeriums dieses Landes auch für große Teile des Bundesgebietes repräsentativ, natürlich mit gewissen Vorbehalten, die sich aus bestimmten Eigenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen ergeben.

Diese Überprüfung brachte manche interessanter Aufschlüsse zur Frage der Wirtschaftlichkeit oder auch Unwirtschaftlichkeit staatlicher Verwaltungen. Unter anderem ergab sich, dass bei den sechs Bezirksregierungen - früher Regierungspräsidien - des Landes 30 % der anfallenden Arbeiten auf Kriegsfolgeerscheinungen zurückzuführen sind. Da man in NRW damit rechnet, dass diese Aufgaben in drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein werden, erübrigt es sich, für diese Sparten Neueinstellungen vorzunehmen, wie das sonst automatisch geschah.

Bei den Bezirksregierungen von NRW arbeiten rund 3900 Beamte, Angestellte und Arbeiter. 250 Beamte und Angestellte haben nichts anderes zu tun, als die Versorgungsbezüge pensionierter Beamter oder der Hinterbliebenen pensionsberechtigter Bediensteter zu bearbeiten und alleine für die Errechnung der Nettoeinkommen aus diesen Bruttoeinzügen werden aber 75 Beamte beschäftigt. 57 % von ihnen könnten bei Verwendung moderner Büromaschinen eingespart werden. So könnten über eine einzige zentrale Stelle für das ganze Land NRW sehr wesentliche Personaleinsparungen in allen Verwaltungsstellen vorgenommen werden.

Bei den Untersuchungen hat sich weiter ergeben, dass bei den einzelnen Bezirksregierungen völlig verschiedene Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne eingeführt worden waren, wodurch erhebliche Schwierigkeiten im Verkehr der Behörden untereinander eintreten mußten. Ferner wurde festgestellt, dass bei einer Beschränkung von sechs auf drei Mittelinstanzen etwa 16 % der heute in ihnen Beschäftigten entbehrlich werden.

Wenn man die erwähnten Möglichkeiten einer Vereinfachung und personellen Rationalisierung zusammennimmt, könnten heute allein auf diesem Sektor rund 20 % der staatlichen Bediensteten eingespart werden, nach Ende der aus der Kriegsfolge sich ergebenden Aufgaben sogar 40 - 50 %, gemessen an der heutigen Zahl der Beschäftigten. Einen besseren Beweis der Unwirtschaftlichkeit mancher Verwaltungen kann man sich kaum denken.

Natürlich würde es auch gewisse Schwierigkeiten geben, wenn man die praktischen Schlußfolgerungen aus solchen Erkenntnissen ziehen will. Sie werden ihren Ausdruck in den kommenden Beratungen des Landtages finden. Aber sie werden sicher geringer veranschlagt, als die Vorteile, und die Regierung dürfte auf keine ernstesten Widerstände stoßen, wenn sie diesen Teil der Verwaltungsreform in Angriff nehmen will.

* * *

Die gefährliche Saat

isp. In Bochum gab die sogenannte Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) mit einem außerordentlichen Bundeskongreß ihr Debüt. Atmosphäre und Verlauf gaben denen recht, die in der Gründung von Richtungsgewerkschaften eine Gefahr für die junge deutsche Demokratie erblickten. Dieser Eindruck wurde auch nicht dadurch gemildert, daß der "Nestor der christlichen Gewerkschaftsbewegung", Joos, zu Mäßigung und Vernunft mahnte.

Das Stimmungspendel unter den rund 500 Teilnehmern war eindeutig nach der Seite ausgeschlagen, von der die radikalen Töne erklangen, die mit Entstellungen, Falschmeldungen und Halbwahrheiten verknüpft waren. Manchmal konnte man den Eindruck gewinnen, als wenn für denjenigen, der am besten verstand, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, ein Preis ausgeschrieben war. Waren Methode, Hintergrund und mögliche Auswirkungen für unsere gesamte gesellschaftliche Entwicklung nicht zu gefährlich, könnte man den Kreis der Spalter und ihren Anspruch belächeln. Diese Gefahren verbieten es aber auch, parteipolitisches Kapital aus den Kontroversen zwischen Jakob Kaiser und Karl Arnold einerseits und den Herren Eben, Voß und Vinkelheide zu schlagen. In Bochum wurde schließ-

lich offenbar, dass man systematisch versucht, den DGB mit den sowjetzonalen, kommunistischen FDGB zu identifizieren, um damit auch gleichzeitig alle diejenigen früheren christlichen Gewerkschaftler, die sich zum DGB bekennen, vor ihrer Kirche in eine schwierige Situation zu bringen.

Der geschäftsführende Vorsitzende, Heinrich Voß, gab den Auftakt zu dieser Kampagne, indem er die von Jakob Kaiser längst widerlegte Behauptung aufwärnte, dass die Einheitsgewerkschaft auf Druck der Besatzungsmächte entstanden sei, und hinzufügte, dass die Sowjets dabei eine besondere Rolle spielten. Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften, Vanistendael, ging noch einen Schritt weiter und verstieg sich zu der demagogischen Behauptung, dass die Kennzeichen einer Diktatur immer eine Einheitsgewerkschaft und eine Einheitspartei gewesen seien. Eine Spitzenleistung an Verleumdung leistete sich der Präsident der elsässischen christlichen Gewerkschaften, Mack, mit der Feststellung, dass es einem Christen unzumutbar sei "mit Sozialisten, Kommunisten und anderem Grobzeug" in einer Gewerkschaft zusammenzuarbeiten. Der frenetische Beifall, der gerade seine Worte begleitete, macht deutlich, was für eine gefährliche Saat hier eines Tages aufgehen kann.

So paßte es auch völlig in diesen Rahmen, dass Generalsekretär Vanistendael die Vorgänge in der Weimarer Republik auf den Kopf zu stellen versuchte. Mit der rhetorischen Frage, wo denn die Existenz einer christlichen Gewerkschaft den Aufstieg einer Diktatur ermöglicht habe? versuchte er die Warnung des Ministerpräsidenten Arnold in den Wind zu schlagen, und gleichzeitig die Tatsache zu verschleiern, dass das Bestehen von Richtungsgewerkschaften den Nazis den Weg zur Macht, zu Terror und Unglück erleichterte.

Es war ungemein bezeichnend, dass auffallend starker Nachdruck auf die Versicherung gelegt wurde, man habe keinerlei Mittel von Arbeitgeberseite - wenn auch vom Ausland - erhalten, dass andererseits nach den vorliegenden Berichten nicht ein Wort fiel, das sich im Sinne der Arbeiterforderungen mit der gegenwärtigen Situation im großen Lohnkonflikt befasste

Verantwortlich: Peter Raunau